



An den Grossen Rat

23.5511.02

Petitionskommission
Basel, 4. Dezember 2023

Kommissionsbeschluss vom 4. Dezember 2023

Bericht der Petitionskommission

**zur Petition P469 «Massnahmen gegen die ausufernde Drogen-
szene im Kleinbasel»**

1. Wortlaut der Petition

Kleinbasel: Unser Quartier dealerfrei!

Wir bitten die zuständigen Behörden um geeignete und nachhaltige Massnahmen gegen das Dealen und das Konsumieren von Drogen im öffentlichen Raum in unserem Quartier. Das Kleinbasel soll als Lebensraum für uns alle, wie auch für Familien und Kinder erhalten bleiben.

Der Drogenhandel im Kleinbasel - namentlich im Dreieck zwischen Claraplatz und Dreirosenbrücke und Matthäusplatz - breitet sich aus, überall im Quartier wird offen gedealt. Die Dealer sind bestens organisiert, agieren geschickt und flexibel.

Die Kundschaft kommt aus der ganzen Region. Oft wird mit Auto vorgefahren, was zu Mehrverkehr in bestimmten Strassen führt.

Auch der offene Konsum wird zunehmend zum Problem. In Hauseingängen, auf Schulwegen, auf dem Matthäusplatz, in Vorgärten werden Drogen konsumiert, zurück bleiben die entsprechenden Abfälle, blutverschmierte Taschentücher, Scherben und anderer Unrat. Streit und Aggressionen - auch zwischen einzelnen Dealerbanden - mitten in unserem Wohnumfeld sind alltäglich geworden.

Es war uns Anwohner*innen noch vor einigen Monaten möglich, Dealer und Konsumenten z.B. aus Vorgärten und ähnlichem wegzuweisen. Das ist allerdings vorbei; die Aggressivität hat massiv zugenommen.

Kinderspielplätze und Schulanlagen sind mitten in dieser Situation. Personen, namentlich jüngere Frauen werden belästigt, Kinder sind verunsichert, werden auf dem Schulweg bestohlen und nicht nur ältere Menschen fühlen sich nicht mehr sicher im öffentlichen Raum.

Eine damals eher kleine Gruppe von Anwohner*innen der Florastrasse konnte die Probleme vor rund zwei Jahren der Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartementes vortragen. Zugegen waren auch mehrere Offiziere der Kantonspolizei. Die Kantonspolizei führte daraufhin einige gezielte Aktionen im Bereich Klybeck-/Florastrasse durch. Diese Massnahmen zeitigten während ihrer Dauer durchaus Wirkung. Sobald die Polizei wieder abzog waren die Dealer und ihre Kundschaft aber wieder da. An zwei Runden Tischen wurden die Probleme besprochen; anwesend waren Anwohner*innen sowie Vertreter der Kantonspolizei. Beim zweiten Runden Tisch, vor den Sommerferien 2023, waren mehr als 50 Personen aus dem ganzen Quartier anwesend; das zeigt, wie sich die Szene ausbreitet. Diese Veranstaltungen zeigten, dass die Kantonspolizei die Probleme kennt, aber offensichtlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht in der Lage ist sie zu lösen. Allein polizeiliche Massnahmen reichen aber wohl ohnehin nicht aus.

Die Konsumation von Drogen ist ein weit verbreitetes; die Medien berichten ausführlich und oft darüber. Wir sind aber nicht mehr bereit, den Drogenhandel und -konsum mit allen Begleiterscheinungen in unserem direkten Umfeld zu ertragen.

An den Runden Tischen und ihren Arbeitsgruppen wurden verschiedene mögliche Massnahmen diskutiert. Am Ende steht die Erkenntnis, dass sich das Problem nur durch staatliche Intervention lösen lässt. Niemand von uns will sich mit der Drogenmafia direkt anlegen. Es kann nicht Aufgabe der Quartierbewohner*innen sein, gegen die ausufernde Drogenszene anzukämpfen.

Unser Quartier ist als Ausgehviertel, mit der Toleranzzone für Prostitution, der Partymeile am Rhein, verschiedensten Einrichtungen für Drogenabhängige und den baulichen Verdichtungen genügend belastet. Wir bitten deshalb die Petitionskommission und die zuständigen Behörden um schnell wirksame Massnahmen gegen den Drogenhandel und seine Begleiterscheinungen.

Möglicherweise zielführend kann eine Verlagerung der Szene sein. Denkbar ist eine Art Duldungszone ausserhalb unseres Wohnquartieres. Eine solche Konzentration ist nicht unproblematisch, die Verteilung auf ein ganzes Quartier ist es auch nicht!

Hinzu müssten begleitende Massnahmen kommen wie

- Wegweisungsrecht der Polizeiorgane,

- Ranger Dreirosen aufstocken für die anderen Gebiete im Kleinbasel (langfristig, gesichert und permanent),
- Unterbindung des motorisierten Drogenverkehrs durch Einrichtung von Begegnungszonen,
- ein angepasstes Verkehrsregime,
- Beleuchtungskonzepte (wie in Aussicht gestellt aber nie realisiert) und anderes mehr.

Wir wollen unser Quartier als friedlichen und ansprechenden Lebensraum erhalten - auch für Familien, Kinder und Ältere.

2. Kommissionsberatung

2.1 Vorgehen

Der Grosse Rat hat die Petition P469 «Massnahmen gegen die ausufernde Drogenszene im Kleinbasel» an seiner Sitzung vom 18. Oktober 2023 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 20. November 2023 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings eine Vertretung der Petentschaft sowie aus dem Justiz- und Sicherheitsdepartement einen Vertreter des Community Policing (Bezirk Kleinbasel) und aus dem Gesundheitsdepartement die Leiterin der Abteilung Sucht an.

2.2 Anliegen der Petentschaft

Die Vertreterin und der Vertreter der Petentschaft haben am Hearing mit der Petitionskommission auf die im Petitionstext genannten, für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner unzumutbaren Zustände hingewiesen, zu denen der Handel und der Konsum von Drogen führen.

Der Austausch mit der Kantonspolizei sei zwar stets respektvoll und konstruktiv gewesen, die Situation habe sich in den letzten Jahren aber nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Deshalb habe eine Gruppe von an der Florastrasse wohnhaften Personen im Jahr 2022 den direkten Kontakt mit der Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements gesucht. Im August 2022 habe ein Treffen mit ihr und mehreren hohen Polizeioffizieren stattgefunden. Die Direktbetroffenen seien dabei auf Verständnis gestossen. Im Herbst 2022 habe deshalb eine erste Begehung von Flora- und Klybeckstrasse mit Vertretungen von Kantonspolizei, Gesundheitsdepartement und IWB stattgefunden, Anfang 2023 eine zweite mit der Kantonspolizei. Die Anliegen der Anwohnenden seien bei diesen Treffen zwar angekommen, gleichzeitig sei aber der Hinweis gemacht worden, eine Gruppe von sechs Personen sei etwas klein, um etwas zu bewirken.

An zwei runden Tischen im Januar und im Juni 2023 ist es gemäss der Vertretung der Petentschaft weniger um ihr Anliegen, die Eindämmung des Drogenhandels, sondern vor allem um die Situation der Drogenkonsumierenden gegangen. Zu neuen Erkenntnissen geführt hätten die beide Veranstaltungen nicht. Wirksam gewesen sei hingegen der zweiwöchige Präsenzeinsatz der Kantonspolizei an der Ecke Klybeckstrasse / Klingentalgraben vor der Fasnacht 2023.

Aufgrund der Empfehlung, stärker zu mobilisieren und auch auf dem politischen Weg aktiv zu werden, haben die hinter der Petition stehenden Personen in der Folge den Kontakt zu im Kleinbasel wohnhaften Mitgliedern des Grossen Rats gesucht. Auch basierend auf deren zustimmender Haltung formulierten sie die vorliegende Petition und starteten am 15. September 2023 mit der Unterschriftensammlung. Bereits zehn Tage später beendeten sie diese nach Eingang von über 2'700 Unterschriften wieder.

Unterzeichnet haben die Petition gemäss Vertretung der Petentschaft Personen unterschiedlicher politischer Couleur, unterschiedlicher Nationalität und unterschiedlichen Alters. Daraus folgern sie, dass das darin formulierte Anliegen breite Unterstützung findet. Ziel der Petition sei es, dass nicht weitere Konzepte ausgearbeitet und Ideen geprüft werden, sondern gehandelt wird. Im Vordergrund stehen dabei die Drogendealer, nicht die Drogenabhängigen. Die Süchtigen halten sich dort auf, wo Drogen verkauft werden. Um dem Dealen Einhalt zu gebieten, sollen deshalb folgende

Massnahmen umgesetzt werden: Wegweisung von Drogendealern, Ausbau des bisher nur auf der Dreirosenanlage existierenden Rangerdienstes, Unterbindung des motorisierten Drogenverkehrs durch Einrichtung von Begegnungszonen und Anpassung des Verkehrsregimes, bessere Beleuchtung von Hotspots.

Dass die im Petitionstext ebenfalls erwähnte «Duldungszone» ausserhalb des Wohngebiets als rechtlich nicht zulässig deklariert wird, stösst bei der Vertretung der Petentschaft insofern auf wenig Verständnis, als ihrer Ansicht nach vor dem Kulturbüro an der Florastrasse 1 bereits eine solche Zone existiert. Dort treffe man rund um die Uhr auf bis zu 15 Dealer. Toleranzzonen gebe es auch bei den Kontakt- und Anlaufstellen (K+A). Zumindest Kleindealer seien dort «schon immer» geduldet worden. Geradezu grotesk sei es, wenn zugelassen werde, dass Dealer direkt vor einem Wohnhaus für Schwerstabhängige an der Klybeckstrasse Drogen verkaufen.

Als dringend notwendig bezeichnet hat die Vertretung der Petentschaft ein Wegweisungsrecht. Die Dealer hätten heute kaum mehr Respekt vor der Polizei. So seien an der Herbstmesse 2023 direkt neben dem Polizeicontainer bei der Kaserne Drogen verkauft worden. Viele Menschen, die sich rund um die fraglichen Zonen aufhalten, fühlten sich durch die Drogendealer bedroht, und insbesondere jüngere Frauen würden teilweise auch sexuell belästigt. Die Petentschaft behauptet, die Polizei halte sich auch aus Angst vor dem Vorwurf des «Racial Profiling» zurück. Die Gesichter der gemäss Petentschaft zur nigerianischen Drogenmafia gehörenden Dealer an der Klybeckstrasse seien zumindest ihnen bekannt.

Da auch die Petentschaft nicht davon ausgeht, dass sich dem Problem mit polizeilichen Massnahmen alleine Herr werden lässt, wird in der Petition auch der dauerhafte Einsatz von Rangern vorgeschlagen. Dieser habe sich auf der Dreirosenanlage bewährt und solle deshalb auf das gesamte von der Problematik betroffene Gebiet ausgeweitet werden. Eine Verbesserung der Situation verspricht sich die Petentschaft schliesslich durch eine bessere Be- bzw. Ausleuchtung der Drogen-Hotspots und einer Anpassung des Verkehrskonzepts. Im Herbst 2022 hätten Vertreter der IWB versprochen, die Beleuchtung zu optimieren, passiert sei seither allerdings nichts. Mit einer Umkehrung des Einbahnregimes in der Florastrasse oder anderen Anpassungen an der Verkehrsführung könnten jene Drogenkonsumierenden abgeschreckt werden, die mit dem Auto vorfahren und Dealer zusteigen lassen.

Im Sinne eines Fazits hat die Vertretung der Petentschaft die Thematik als komplex bezeichnet. Bei den Drogenabhängigen handle es sich um eine heterogene Gruppe – vom verarmten Junkie bis zum vermögenden BMW-Fahrer. Die Dealer seien bestens vernetzt und stammten aus der nigerianischen Drogenmafia und aus Maghreb-Ländern. Hotspots seien die Klybeckstrasse, der Matthäusplatz, die Efringerstrasse und die Dreirosenanlage. Es drohe aber eine weitere Ausdehnung der Szene. Jüngst seien auch Dealer beim Mc Donalds an der Greifengasse und auf der Grossbasler Seite des Rheins beobachtet worden.

2.3 Haltung der Vertretung von Justiz- und Sicherheitsdepartement und Gesundheitsdepartement

Der Vertreter der Kantonspolizei hat die Drogenszene im Kleinbasel als dispers bezeichnet. Es gibt mehrere Brennpunkte mit unterschiedlichem Handlungsbedarf. Entsprechend muss auch bei den Massnahmen differenziert werden.

Die sogenannten «Kügeli-Dealer» verkaufen schwerpunktmässig in der Klybeckstrasse und auf dem Claraplatz Kokain und stammen praktisch alle aus Nigeria. Viele von ihnen verfügen über eine Aufenthaltsbewilligung für Italien und reisen als Touristen in die Schweiz ein. In der Nacht sind aktuell zwischen 20 und 30 Verkäufer unterwegs, tagsüber etwas weniger. Bei einer Polizeikontrolle schlucken die Dealer das in Zellophan eingeschweisste Kokain, weshalb ihnen in der Regel kein kriminell relevantes Verhalten nachgewiesen werden kann.

Der aus polizeilicher Sicht grösste Hotspot ist die Dreirosenanlage. Hier finden sich vor allem junge Haschverkäufer aus Maghreb-Ländern. Viele von ihnen stehen in einem Asylverfahren oder sind

bereits abgewiesen worden. Sie konsumieren teilweise selber Drogen und haben wenig Perspektiven. Die von der Dreirosenanlage bekannten Gewaltdelikte finden zu einem grossen Teil unter den Verkäufern statt. Von den weiteren, vermögensrelevanten Delikten (Diebstähle, Raubüberfälle) und Belästigungen – sind hingegen auch die übrigen Menschen betroffen, die sich auf der Anlage aufhalten. Die Zahl der Diebstähle hat im ganzen Quartier zugenommen, und von Raubüberfällen sind auch Leute betroffen, die sich in der Nähe des Rheins aufhalten.

Zur Verbesserung der unhaltbaren Zustände auf der Dreirosenanlage sind verschiedene Massnahmen ergriffen worden. Die sich auf der Anlage aufhaltenden Ranger sprechen mit den Leuten und leisten manchmal auch erste Hilfe. Bei Handgreiflichkeiten müssen sie sich allerdings zurückhalten. Als Erfolg kann bisher die Einrichtung einer Schutzzone vor dem Jugendzentrum und der Freizeithalle bezeichnet werden. Dort gelten auch von den beiden Institutionen ausgesprochene Hausverbote und ein Verbot von Alkohol- und Drogenkonsum. Auch mit kleineren baulichen Massnahmen und mehr Licht ist versucht worden, die Situation zu verbessern. Die im Sommer 2023 eingeführte Videoüberwachung hat die Zahl der verübten Gewaltdelikte reduziert.

Die von einem Mitglied der Petitionskommission geäusserte Vermutung, dass die Videoüberwachung zu einer Verlagerung der Szene auf das Areal des Dreirosenschulhauses geführt hat, konnte der Vertreter der Kantonspolizei weder bestätigen noch dementieren. Dass sich Leute aus der Drogenszene auf dem Schulareal oder sogar in den Toiletten des Schulhauses aufhalten, ist ihm aber auch schon zugetragen worden. Die Polizei steht aufgrund des bereits vor der Installation der Kameras bestehenden Spannungsfelds im Austausch mit der Schulleitung und dem Elternrat. Seit Beginn der Videoüberwachung wird von der Polizei aber eher eine Verlagerung in Richtung Rhein beobachtet. Einzelne Dealer sind neu auch mit E-Scootern unterwegs.

Auf dem Matthäusplatz halten sich vor allem in der warmen Jahreszeit viele Konsumierende auf. Hat es in einer Nacht 20 bis 30 Personen unter Drogeneinfluss auf dem Platz, ist es für die direkte Nachbarschaft unmöglich, bei offenem Fenster zu schlafen. Die suchtkranken Betroffenen schreien aus Gründen des Entzugs und rufen laut nach den Dealern. Der Platz wird am Morgen jeweils gereinigt. Ohne Gegenmassnahmen ist davon auszugehen, dass die Situation im kommenden Sommer gleich sein wird wie 2023.

Nochmals anders präsentiert sich die Situation bei den beiden K+A am Riehenring und auf dem Dreispitz. Auch wenn teilweise auch im öffentlichen Raum rund um die K+A Drogen konsumiert werden und einige der Konsumierenden auch Drogen verkaufen, kann nicht von einer Duldungszone gesprochen werden. Wer in der Umgebung einer K+A Drogen verkauft oder konsumiert, wird vom Sicherheitsdienst und von den Mittlern im öffentlichen Raum darauf hingewiesen, dass dies nicht erlaubt ist. Ausserhalb der Öffnungszeiten ist rund um die K+A keine Szene erkennbar. Auch dank regelmässiger Polizeipräsenz kann die Situation rund um die K+A als «unter Kontrolle» bezeichnet werden.

Dass es (auch) in Zusammenhang mit dem Drogengeschäft zu sexuellen Belästigungen kommt, wird von der Kantonspolizei nicht bestritten. Es werden ihr ab und zu entsprechende Meldungen zugetragen, mangels Anzeigen und Rapporten lässt sich das Ausmass aber nicht erfassen. In der Regel begehen Drogendealer neben dem illegalen Drogenverkauf keine weiteren strafbaren Delikte. Häufiger als eigentliche sexuelle Belästigung dürfte «blöde Anmache» sein. Zu Angst und Verunsicherung dürften – insbesondere bei Frauen – die Dreistigkeit und Aggressivität führen, mit der die Dealer ihre Ware anbieten. Aufgrund des Umfelds (Jugendzentrum, Freizeithalle und Schulhäuser) gilt dies besonders auf der Dreirosenanlage. Jungen Frauen, die das Jugendzentrum besuchen, wird deshalb eine Nach-Hause-Begleitung angeboten.

Orientiert worden ist die Petitionskommission auch über die Polizeieinsätze gegen den Drogenhandel. Einsätze in Uniform wirken kaum länger, als sie dauern. Sobald die Polizei abzieht, sind die Drogenhändler wieder da. Effektiver, aber deutlich aufwendiger sind Aktionen in Zivil, in deren Rahmen die Polizei selber Drogen kauft, um eine Beweiskette zu schaffen. Für einen solchen Einsatz braucht es aber mindestens 25 Polizisten zur Beobachtung der Situation und zum Schutz der eigenen Leute. Sobald zwei oder drei Dealer «in die Falle» gegangen sind, verschwinden die übrigen,

sind aber nach ein paar Stunden wieder präsent. Bei ausreichender Beweislage können Einreiseperrren für ein bis drei Jahre verhängt werden. Allerdings werden die «fehlenden» Dealer sofort durch andere ersetzt.

Die Aufgaben der aufsuchenden Sozialarbeit nehmen auf der Dreirosenanlage die Ranger wahr, bei den K+A und den Hotspots die Mittler im öffentlichen Raum aus dem Gesundheitsdepartement. Vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt mitfinanziert wird der Schwarze Peter, der abhängige Personen betreut. Halten sich weniger drogenabhängige Leute im öffentlichen Raum auf, ist dies für das Geschäft der Dealer nachteilig.

Dass die Petentschaft ihr «Quartier als friedlichen und ansprechenden Lebensraum erhalten» will, ist auch für die Verwaltung verständlich und nachvollziehbar. Um die heutige Situation zu verbessern, sei deshalb wichtig, nicht nur die «Faust im Sack» zu machen und zu fordern, die Polizei oder der Regierungsrat müsse handeln, sondern sich aktiv einzubringen und Massnahmen vorzuschlagen. Die Einreichung der Petition habe den politischen Druck (zusätzlich) erhöht. Über den Inhalt des vom Regierungsrat bereits angekündigten Massnahmenplans konnten die Vertreterin und der Vertreter der Verwaltung keine Auskunft geben. Dass der Regierungsrat untätig bleiben werden, sei jedoch nicht zu erwarten. Es dürften aber nicht alle der in der Petition genannten Vorschläge umsetzbar sein. Namentlich die Einrichtung einer Duldungszone dürfte mit mehr Nach- als Vorteilen verbunden sein. Von einer besseren Beleuchtung oder einer Anpassung des Verkehrskonzepts dürfe zudem nicht zu viel erwartet werden.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission anerkennt den mit dem Dealen und dem Konsumieren von Drogen im öffentlichen Raum verbundenen Handlungsbedarf. Dies beweisen auch zahlreiche in den letzten Monaten im Grossen Rat eingereichte Vorstösse aus verschiedenen politischen Lagern¹. Der Grosse Rat hat in diesem Rahmen auch bereits über die in der Petition genannten Anliegen diskutiert – allerdings noch nicht abschliessend.

Da sich der Regierungsrat aufgrund der überwiesenen Vorstösse bereits mit der Problematik auseinandersetzt, stuft es die Petitionskommission als am sinnvollsten ein, ihm die Petition «Massnahmen gegen die ausufernde Drogenszene im Kleinbasel» zur abschliessenden Behandlung zu überwiesen. Sie erwartet, dass der Regierungsrat die in der Petition genannten Anliegen bei der Erarbeitung seines Massnahmenplans berücksichtigt und in seiner Antwort an die Petentschaft begründet, warum er allenfalls einzelne davon nicht umsetzen kann oder will.

Der Petitionskommission ist bei der Behandlung der Petition bewusstgeworden, dass es bei den meisten der auf kantonaler Ebene möglichen Massnahmen eher um Symptom- denn um Ursachenbekämpfung geht. So dürfte es zwar möglich sein, die Szene auf dem Matthäusplatz «aufzulösen» oder die Sicherheit auf der Dreirosenanlage mit der Videoüberwachung zu erhöhen. Die grundsätzlichen Probleme werden dadurch aber nicht gelöst. Die Szene verlagert sich bei repressiven Massnahmen an einen anderen Ort. Zielführend, in ihrer Wirkung aber beschränkt sein dürften Angebote für die Süchtigen und Präsenz (aufsuchende Sozialarbeit und Polizei) an den Brennpunkten. Welche Massnahmen «richtig» sind, ist aber letztlich eine politische Frage und dürfte umstritten sein. Deshalb verzichtet die Petitionskommission darauf, mit dem Antrag auf Überweisung der Petition an den Regierungsrat Forderungen zu verbinden oder Empfehlungen abzugeben. Die politische Diskussion muss an anderer Stelle geführt werden. Als unbestritten stuft sie ein, dass die Situation für die vom Konsum und Handel von Drogen unmittelbar betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner unhaltbar ist und verbessert werden muss. Es müsste möglich sein, die negativen Begleiterscheinungen zumindest zu reduzieren.

¹ Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz (5.5.2023); Interpellation Felix Wehrli betreffend Anpassungen des Polizeigesetzes (PolG) zum Schutz von Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen vor einer offenen Drogenszene an div. Orten im Kleinbasel (12.5.2023); Schriftliche Anfrage Michela Seggiani betreffend Massnahmen zur Situation der Drogenszene im unteren Kleinbasel (14.9.2023); Anzug Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit 29.9.2023); Schriftliche Anfrage Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Einrichten eines institutionalisierten Hotspot-Managements (16.10.2023)

Am Hearing war nicht nur bei der Vertretung der Petentschaft, sondern auch bei jener der Verwaltung eine gewisse Hilf- und Machtlosigkeit zu spüren. Die Probleme sind zwar erkannt und anerkannt, sie zu lösen ist allerdings schwierig. Es gibt keine einfache und rasch umsetzbare Lösung. Wichtig scheint der Petitionskommission, dass die einzelnen Problemfelder und Brennpunkte auseinandergehalten werden. Die Grundproblematik müsste zudem auf nationaler oder sogar internationaler Ebene angegangen werden. So ist die Asylgesetzgebung Bundessache, und auch über eine Legalisierung des Drogenkonsums müsste auf nationaler Ebene diskutiert werden.

Aufgeworfen worden ist am Hearing der Petitionskommission die Frage, warum sich die Basler Drogenszene auf einen Teil des Kleinbasels konzentriert und andere Gebiete der Stadt deutlich weniger betroffen sind. Eine abschliessende Analyse dieser Frage war nicht möglich. Die Vertretung der Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass der Regierungsrat bewusst eine K+A im Kleinbasel und eine im Grossbasel platziert hat, um die Szene zu bewegen. Auch die Angebote der Institutionen im Bereich Sucht und die Wohnangebote für Drogensüchtigen sind über die ganze Stadt verteilt.

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 12:0 Stimmen, die Petition «Massnahmen gegen die ausufernde Drogenszene im Kleinbasel» an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Sie hat den Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Petitionskommission

Christian C. Moesch
Kommissionspräsident